

# Polizisten – die Prügelknaben der Nation!



Die rechtskonservative Wochenzeitschrift „Junge Freiheit“ hat eine faktenreiche Broschüre „Die Kriminalität explodiert – Was Ihnen verschwiegen wird“ herausgegeben. Sie kann kostenlos zum Verteilen hier angefordert werden. Wir veröffentlichen jedes der in der Broschüre aufgeführten Themenfelder als gesonderten Artikel. Heute Teil 3: „Polizisten – die Prügelknaben der Nation!“.

## Polizisten – die Prügelknaben der Nation!

Tania Kambouri hatte die Nase voll – in einem Leserbrief an eine Polizeigewerkschafter-Zeitschrift redete sie Klartext: „Meine Kollegen und ich werden täglich mit straffälligen Migranten, darunter größtenteils Muslimen, konfrontiert, welche nicht den geringsten Respekt vor der Polizei haben“, schreibt die von griechischen Eltern abstammende Polizistin. Auf Einsätzen und im Streifendienst würden sie und ihre Kollegen bespuckt, beschimpft und regelmäßig angegriffen. Selbst Routineeinsätze seien oft unmöglich, weil die Beamten unvermittelt mit einem rasch zusammen getrommelten Mob konfrontiert seien. Polizeibeamte kritisieren, daß Politik, Justiz und oft selbst die eigenen Vorgesetzten nicht hinter ihnen stehen. Von Schaufensterreden, in denen die Gewalt gegen Polizeibeamte verurteilt wird, können sie sich nichts kaufen. Strafanzeige stellen die wenigsten – zu Verurteilungen kommt es praktisch nie, und die Beamten fürchten Racheaktionen gegen

sich und ihre Familien.

Das sind die Fakten:

- 2011 wurden 53.000 Angriffe auf Polizisten registriert, 2012 bereits 60.000. Tendenz steigend. 165mal pro Tag wird im Schnitt in Deutschland ein Polizist angegriffen. 2013 stieg in Nordrhein-Westfalen die Zahl der gewaltsamen Übergriffe um 500 Fälle auf 7.092.
- Die Zahl der beleidigten, bespuckten, getretenen oder geschlagenen Polizisten hat erneut zugenommen, von 10.831 auf fast 12.000. Mehr als 1.800 Polizisten wurden dabei verletzt.
- Eine Befragung von 21.000 Polizeibeamten ergab 2010: 42,9 Prozent der Angreifer, die einen Beamten so verletzten, daß er mindestens für einen Tag dienstunfähig ist, sind Einwanderer, vor allem Türken und Russen.

Und was tut die Politik?

2011: Berlin führt die Kennzeichnungspflicht für Polizisten in Uniform ein. 2013: Brandenburg zieht nach. Mai 2014: Auch Hessen (Schwarz-Grün) und Baden-Württemberg (Grün-Rot) wollen, daß Polizisten bei Demo-Einsätzen individuelle Kennzeichen tragen müssen, um besser identifiziert werden zu können.

Was Sie dagegen tun können:

- Sprechen Sie Ihren Landtags- oder Bundestagsabgeordneten an und fordern Sie die Politik zum Handeln auf. Geben oder schicken Sie ihm dieses Faltblatt!
- Reichen Sie dieses Faltblatt an Freunde, Bekannte und Interessierte weiter.
- Bestellen Sie kostenlos weitere Exemplare dieses Faltblatts zum Verteilen – telefonisch unter 030/86 49 53-0 oder schreiben Sie an [leserdienst@jungefreiheit.de](mailto:leserdienst@jungefreiheit.de)

– Informieren Sie sich aus der JUNGEN FREIHEIT, der Wochenzeitung, die sagt, was Sache ist – auch beim Thema „Innere Sicherheit“. Bestellen Sie mit der angehängten Postkarte ein kostenloses 4-Wochen-Probeabo. Tel: 030 / 86 49 53 – 0.

---

- » Morgen Teil 4: Deutschenfeindliche Ausländer-Gewalt
- » Teil 1: Deutschland – Paradies für Diebe und Einbrecher
- » Teil 2: Linke Gewalttäter – verharmlost und verhätschelt